

«Reformvorhaben bei KVG und AHV entsprechen meinen Vorstellungen»

Interview Erbprinz Alois zeigt sich mit den Massnahmen der Regierung zur Sanierung des Staatshaushaltes und der langfristigen Sicherung der wichtigsten Sozialwerke zufrieden. Einmal mehr fordert er eine Abkehr von der Giesskannenpolitik.

VON MICHAEL BENVENUTI

Mit ihren Sparmassnahmen und den Vorschlägen zur Reform des Gesundheitswesens und langfristigen Sicherung der AHV stiess die Regierung bei der Bevölkerung und einzelnen Lobbyisten auf wenig Gegenliebe. Von Entsolidarisierung war in Leserbriefen die Rede, von einem Angriff auf die Kranken, Schwachen und Pensionisten. Das Fürstenhaus befürwortet die Pläne der Regierung hingegen. Die Reformvorhaben bei Krankenversicherungsgesetz und AHV würden Liechtensteins Sozialsysteme zwar noch nicht vollumfänglich sanieren, sagt Erbprinz Alois im «Volksblatt»-Interview zum Jahreswechsel: «Sie sind aber grosse Schritte in die richtige Richtung und entsprechen daher grundsätzlich auch meinen Vorstellungen.»

Den Vorwurf, eine Abkehr von der seit Jahrzehnten praktizierten Giesskannenpolitik würde zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft führen, weist der Thronfolger zurück: «Mit dem Begriff Solidarität bzw. Entsolidarisierung sollte man vorsichtig umgehen. Man könnte auch von einer Entsolidarisierung sprechen, wenn auf Kosten der Prämienzahler unnötig Gesundheitsleistungen bezogen oder verschrieben werden.»

Familie und Beruf besser vereinen

Lobend äussert sich Erbprinz Alois zur jüngsten Entwicklung in Sachen Schwangerschaftskonflikt: Die von der Regierung aufgegleiste und vom Landtag in erster Lesung mehrheitlich akzeptierte Neuregelung bringe den betroffenen Frauen den Vorteil, «dass sie zukünftig in einer ohnedies sehr belastenden Situation nicht mehr mit Strafe bedroht sind». Aber auch von der Aufnahme der Nöti-



Wichtig für den Wirtschaftsstandort und auch die verkehrsgeplagte Bevölkerung: Erbprinz Alois spricht sich dafür aus, die Investitionen in die S-Bahn «FL-A-CH» bald zu tätigen. (Foto: Michael Zanghellini)

gung zum Schwangerschaftsabbruch als expliziter Straftatbestand verspricht sich das geschäftsführende Staatsoberhaupt für die Praxis eine Stärkung der Position von Frauen im Schwangerschaftskonflikt: «Zwar wird nicht jedes Drängen den Tatbestand der Nötigung erfüllen, aber meiner Ansicht nach kann das Strafrecht hier dennoch eine wichtige und sinnvolle Signalfunktion entfalten.» Noch wirksamer als mit einzelnen Gesetzesänderungen könne Frauen im Schwangerschaftskonflikt aber

durch ein Umfeld geholfen werden, das Familie, Kinder und Beruf leichter vereinen lasse, zeigt sich Erbprinz Alois überzeugt: «Wir sollten Frauen, die heute grossteils gut ausgebildet und berufstätig sind, eine Zukunftsperspektive anbieten, in der auch ein ungeplantes Kind leichter angenommen werden kann.»

Bald in die S-Bahn investieren

Weiteres Thema im «Volksblatt»-Interview zum Jahreswechsel ist die S-Bahn «FL-A-CH». Wie die Regie-

rung empfiehlt auch der Thronfolger, die Investitionen in das Bahnprojekt bald zu tätigen - trotz der aktuellen Sparmassnahmen: «Wenn wir erst später ohne die ÖBB investieren, wird uns die S-Bahn viel teurer kommen.» Das Projekt «FL-A-CH» würde den Wirtschaftsstandort stärken und komme zudem der Bevölkerung zugute, so Erbprinz Alois: «Die Liechtensteiner profitieren, wenn die Pendler die S-Bahn nutzen und dadurch unsere Strassen weniger schnell verstopfen.» **Seiten 4 und 5**



Erbprinz: «In den nächsten Jahren werden grössere Bildungsreformen nötig sein»

Ausblick Migrationsbewegungen, Klimawandel und Digitalisierung werden die dominierenden Themen des kommenden Jahrzehnts sein, ist Erbprinz Alois überzeugt. Innenpolitisch bleiben die Transformation des Finanzplatzes und die nachhaltige Finanzierung des Staates sowie der Sozialversicherungen aktuell.

VON MICHAEL BENVENUTI

«Volksblatt»: Die vergangenen Jahre waren in Liechtenstein stark geprägt von den Ereignissen rund um den Finanzplatz: Die Datendiebstähle, die Finanz- und Wirtschaftskrise und daraus der Paradigmenwechsel mit Informationsaustausch und Regulierungswelle. Welches werden die dominierenden Themen des kommenden Jahrzehnts sein? Weltweit gesehen, speziell aber auch in Liechtenstein?

Erbprinz Alois: Welches die dominierenden Themen des kommenden Jahrzehnts sein werden, kann niemand seriös behaupten. Ich gehe aber davon aus, dass gewisse Themen, die uns bereits heute beschäftigen, auch in den kommenden zehn Jahren noch von Bedeutung sein werden. Weltweit werden es Themen wie die Migrationsbewegungen, der Klimawandel und die Digitalisierung von immer mehr Bereichen unseres Lebens sein. Diese Themen haben Bedeutung für Liechtenstein – wenn auch in unterschiedlicher Stärke. Hinzu kommen andere, allerdings ebenfalls nicht nur Liechtenstein-spezifische Themen wie die demografische Entwicklung, die Transformation des Finanzplatz-

zes und die nachhaltige Finanzierung des Staates sowie der Sozialversicherungen.

Liechtenstein hat die vergangenen Jahre trotz grosser Herausforderungen hervorragend gemeistert. Die Massnahmenpakete der Politik scheinen Früchte zu tragen, die Wirtschaft floriert, die Arbeitslosenzahlen sind weiter sehr tief. Was macht Liechtenstein besser als andere Länder? Liechtenstein stand in den letzten Jahren vor grossen Herausforderungen, konnte diese Herausforderungen aber aus einer ungünstigeren Startposition angehen als viele andere Staaten. Ausserdem helfen unsere Kleinheit und unser Staatssystem, dass rechtzeitig die richtigen Massnahmen ergriffen werden.

Geht die Rechnung der Regierung auf, schreibt das Land 2015 wieder schwarze Zahlen. Wie euphorisch sind Sie angesichts solcher Prognosen?

Meiner Ansicht nach muss man noch vorsichtig mit den Prognosen sein. Einerseits ist vor allem in Europa die

wirtschaftliche Lage noch sehr unsicher und eine Krise in unseren wichtigsten Absatzmärkten würden wir als Exportnation sehr schnell wieder spüren. Andererseits basieren die Prognosen auf teilweise noch sehr unsicheren Annahmen, was die Steuereinnahmen betreffen. So ist noch unklar, ob eine Quellensteuer für Grenzgänger aus der Schweiz einge-

«Meiner Ansicht nach ist es grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates, Gewinne zu machen.»

führt werden kann. Auch kann nur schwer abgeschätzt werden, um wie viel das Steueraufkommen zunehmen wird, wenn sich nun vermehrt Stiftungen und Trusts für eine normale Besteuerung entscheiden.

Der Finanzplatz hat sich zuletzt zwar spürbar erholt, die Einnahmequellen für den Staatshaushalt sprudeln aber längst nicht mehr so kräftig wie zu den goldenen Zeiten. Müssen wir uns damit abfinden, oder kann der Finanzplatz wieder zu alter Stärke zurückfinden? Wir müssen uns damit abfinden, dass die Margen der Finanzinstitute wesentlich niedriger sein werden als in der Vergangenheit. Dies ist auf die Regulierungsflut im Finanzsektor

zurückzuführen, die die Kosten für die Finanzinstitute nicht nur in Liechtenstein, sondern weltweit erheblich in die Höhe treibt. Das heisst aber auch, dass der Finanzplatz stark wachsen müsste, um bei den niedrigeren Margen Staatseinnahmen in ähnlicher Höhe wie bisher zu produzieren. Ein solches Wachstum ist derzeit nicht absehbar.

Die Regierung verzichtet angesichts der erwarteten, positiven Zahlen auf ein weiteres Massnahmenpaket. Ist das in Ihrem Sinne, oder hätten Sie den eingeschlagenen Reformkurs weiter vorangetrieben, um den Gewinn des Staates zu steigern? Meiner Ansicht nach ist es grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates, Gewinne zu machen. Denn dies bedeutet, dass er zulasten seiner derzeitigen Steuerzahler und zugunsten zukünftiger Steuerzahler mehr Steuern verlangt als notwendig wäre. Da aber ein Kleinstaat naturgemäss eine sehr volatile Volkswirtschaft hat, ist es sinnvoll, in guten Zeiten massvolle Gewinne zu machen, um Reserven für schlechtere Zeiten aufzubauen.

Sie haben zu Beginn des Interviews die Sanierung der Sozialsysteme als

grosse Herausforderung der Zukunft genannt. Zwei entscheidende Reformen - KVG und AHV - hat die Regierung mittlerweile aufgegleist. Entsprechen die geplanten Änderungen Ihren Vorstellungen? Diese beiden Reformvorhaben werden zwar unsere Sozialsysteme noch nicht vollumfänglich sanieren, sie sind aber grosse Schritte in die richtige Richtung und entsprechen daher grundsätzlich auch meinen Vorstellungen.

Gewisse Interessensvertretungen haben gegen die KVG-Revision massiv Stimmung gemacht. Sie warnen vor einer Entsolidarisierung der Gesellschaft, sehen einen Angriff auf die Kranken und Schwachen. Teilen Sie diese Vorwürfe? Sollte im Gesundheitswesen das Giesskannenprinzip weiter wie bisher praktiziert werden?

Mit dem Begriff Solidarität bzw. Entsolidarisierung sollte man vorsichtig umgehen. Man könnte auch von einer Entsolidarisierung sprechen, wenn auf Kosten der Prämienzahler unnötig Gesundheitsleistungen bezogen oder verschrieben werden. Wir müssen im Gesundheitssektor eine Strukturreform erreichen, damit Prämien- und Steuergelder nicht



«Eigenverantwortung heisst nicht nur, dass der Bürger mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen sollte, sondern, dass Bürger auch für andere Verantwortung übernehmen sollen», betont Erbprinz Alois im Interview zum Jahreswechsel.

(Foto: Michael Zanghellini)

mehr mit der Giesskanne verteilt werden, sondern nur noch jene unterstützt werden, die die Unterstützung auch wirklich benötigen. Eine solche Reform ist nicht leicht zu erreichen und der Vernehmlassungsentwurf, der grundsätzlich in die richtige Richtung geht, braucht sicher noch die eine oder andere Anpassung.

Sie haben am 15. August 2014 Ihr Zehn-Jahr-Jubiläum als geschäftsführendes Staatsoberhaupt gefeiert und die Bürger in Ihrer Ansprache zu mehr Eigenverantwortung aufgefordert. Mehr Eigenverantwortung der Bürger heisst gleichzeitig weniger Verantwortung des Staates. Wie wenig Staat vertragen die Bürger? Eigenverantwortung heisst nicht nur, dass der Bürger mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen sollte, sondern, dass Bürger auch für andere Verantwortung übernehmen sollen. Dies kann im Rahmen der Familien, von Verbänden, Genossenschaften, gemeinnützigen Einrichtungen geschehen oder auch, indem mehrere Bürger zusammen ganz spontan Verantwortung für ein gemeinsames Anliegen übernehmen. Sobald diese Art von Verantwortung auf den Staat übertragen wird, wird in der Regel alles bürokratisch, teuer und unpersönlich.

Besteht durch den verordneten Rückzug des Staates nicht die Gefahr, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet? Sozial Bedürftige spüren finanzielle Eigen-

verantwortung bekanntlich deutlicher als Wohlhabende. Der Staat sollte nicht mehr mit der Giesskanne Unterstützungsleistungen an alle - auch die Wohlhabendsten - verteilen, sondern Unterstützungsleistungen nur denjenigen zukommen lassen, die diese auch wirklich benötigen. Indem der Staat heute zum Beispiel die Krankenkassen oder die AHV subventioniert, verteilt er Steuergelder an alle. Dies ist nicht sinnvoll und sollte durch eine Prämiensubventionierung für jene ersetzt werden, die sich die Prämienzahlungen tatsächlich nicht leisten können.

Die Abkehr vom Giesskannenprinzip zur treffsicheren Sozialpolitik wird vom Fürstenhaus seit vielen Jahren gefordert. In wie vielen Fällen wurden in den vergangenen Jahren tatsächlich die unteren Schichten unterstützt?

Wenn man mit der Giesskanne ausschüttet, werden davon grundsätzlich auch alle erfasst. Je nach Ausgestaltung der Regeln, kann aber das Problem bestehen, dass ausgerechnet jene, die der Unterstützung am meisten bedürfen, diese nicht oder nicht im ausreichenden Masse erhalten. Teilweise hat das auch damit zu tun, dass den Bedürftigen die Unterstützungsleistungen nicht bekannt sind oder sie diese in ihrer Situation nur schwer anzapfen können.

Regierungschef Adrian Hasler hat angekündigt, dass nach den Zeiten des Sparens die Zeiten sinnvoller In-

vestitionen anbrechen müssten. Für wie sinnvoll erachten Sie die geplanten Ausgaben für die S-Bahn? Zwar werden wir noch eine Zeit lang sparen müssen, ich halte es aber trotzdem für sinnvoll, die Investitionen für die S-Bahn schon bald zu machen. Wenn wir erst später ohne die ÖBB investieren, wird uns die S-Bahn viel teurer kommen.

Kritiker sagen, die Millionen für die S-Bahn seien hinausgeworfenes Geld. Liechtensteiner würden kaum vom Auto auf die Bahn umsteigen, profitieren würden wenn überhaupt die Pendler. Würden hier tatsächlich unnötigerweise zig heimische Millionen für Ausländer ausgegeben? Die S-Bahn würde durchaus auch für Liechtensteiner attraktive Verbindungen ins Ausland bringen. Die Liechtensteiner profitieren aber auch, wenn die Pendler die S-Bahn nutzen und dadurch unsere Strassen weniger schnell verstopfen. Ausserdem sind die liechtensteinische Wirtschaft und damit letzten Endes auch die Liechtensteiner darauf angewiesen, dass der Standort weiterhin für Pendler attraktiv bleibt. Die Bedeutung der S-Bahn für ein attraktives Pendeln zum Arbeitsplatz in Liechtenstein könnte dabei noch zunehmen, falls im Zuge einer Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative es für in Liechtenstein tätige Arbeitskräfte schwieriger werden sollte, in der Schweiz einen Wohnsitz zu erhalten.

Die S-Bahn sei wichtig für die Erreichbarkeit des Werkplatzes Liechtenstein, sagen deren Verfechter. Welche Rahmenbedingungen und Investitionen braucht das Fürsten-

tum noch, um weiterhin ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben zu können? Eine wichtige Attraktivität Liechtensteins ist die besondere politische und wirtschaftliche Stabilität. Dazu braucht es zu vernünftigen Kosten - das heisst Steuern und Lohnnebenkosten - einen ausgeglichenen Staatshaushalt und nachhaltig finanzierte Sozialversicherungen. Ausserdem sollte das Bildungssystem verbessert werden, damit die Bevölkerung möglichst gut auf die künftigen Herausforderungen hin vorbereitet wird.

Die Ecopop-Initiative wurde vom Schweizer Stimmvolk zwar verworfen, die heimischen Wirtschaftsverbände wünschen sich dennoch eine gut konzipierte und behutsame Öffnung der Zuwanderung. Wie könnte der Facharbeitermangel wirksam bekämpft werden? Wenn überhaupt kann die Zuwanderung auf absehbare Zeit nur langsam und behutsam im Rahmen der Vereinbarungen mit der EU geöffnet werden. Facharbeiter müssen daher weiterhin vor allen auch in der Nachbarschaft als Grenzgänger angesiedelt werden. Ausserdem sollten wir uns Gedanken machen, inwiefern nicht durch Reformen des Bildungssystems und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzliche Fachkräfte für die Wirtschaft gewonnen werden können.

Als wichtigste Ressource des Landes wird immer wieder die Bildung genannt. Manche Kreise wünschen sich in der Bildungspolitik frischen Wind, die Regierung setzt nach Volkes Nein zu SPES I hingegen auf punktuelle Verbesserungen. Welchen Weg bevorzugen Sie? Ich kann zwar verstehen, dass man nach SPES I und den jahrelangen Diskussionen über Bildungsreformen Ruhe in den Bildungsbereich bringen wollte. Ich glaube aber, dass in den nächsten Jahren trotzdem grössere Bildungsreformen nötig sein werden, damit wir unsere Bevölkerung bestmöglich auf die zukünftigen Herausforderungen hin ausbilden.

Ihr Vater feiert am 14. Februar seinen 70. Geburtstag. Als Geschenk wünscht er sich nur eines, betonte er im November im «Volksblatt»-Interview: Bildungsgutscheine. Ein unrealistischer Wunsch ... Ich fürchte, zu seinem 70. Geburtstag wird sich dieser Wunsch nicht realisieren lassen. Ich glaube aber, dass sich der Fürst genauso freuen würde, wenn sich sein Wunsch zu einem seiner künftigen Geburtstage realisieren liesse.

Dafür zeichnet sich bei einem anderem Dauerthema endlich eine Lösung ab - bei der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Werden die geplanten Änderungen den betroffenen Frauen aber auch tatsächlich helfen, oder ist es in erster Linie ein symbolischer Akt der Solidarität? Aus Sicht der betroffenen Frauen bringt die Neuregelung den Vorteil, dass sie zukünftig in einer ohnedies sehr belastenden Situation nicht mehr mit Strafe bedroht sind. Aber auch von der Aufnahme der Nötigung zum Schwangerschaftsabbruch als expliziter Straftatbestand verspreche ich mir für die Praxis eine Stärkung der Position von Frauen im Schwangerschaftskonflikt. Denn es kommt immer wieder vor, dass das persönliche Umfeld der Schwangeren, wie z. B. der Kindsvater oder die Eltern, diese zum Schwangerschaftsabbruch drängen. Zwar wird nicht jedes Drängen den Tatbestand der Nötigung erfüllen, aber meiner Ansicht nach kann das Strafrecht hier dennoch eine wichtige und

sinnvolle Signalfunktion entfalten. Am meisten wird man Frauen im Schwangerschaftskonflikt aber durch ein Umfeld helfen können, das Familie bzw. Kinder und Beruf leichter vereinen lässt. Wir sollten Frauen, die heute grossteils gut ausgebildet und berufstätig sind, eine Zukunftsperspektive anbieten, in der auch ein ungeplantes Kind leichter angenommen werden kann. Wie vorher bereits dargelegt, würde ausserdem der Wirtschaftsstandort Liechtenstein im Hinblick auf den Fachkräftemangel von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf profitieren.

Die Abschaffung des Weltrechtsprinzips sei bigott, das Problem werde lediglich über die Grenzen exportiert, klagen die Kritiker. Der Feldkircher Bischof Benno Elbs lobte hingegen, dass die Fürstliche Familie in einer Zeit von Beliebigkeit und Unverbindlichkeit in ethischen Fragen eine klare Haltung an den Tag lege und damit ein Leuchtturm für christliche Werte sei. Wie wichtig sind Ihnen christliche Werte bei der Gesetzgebung? Ich bin zwar ein gläubiger Christ und nach christlichen Werten erzogen worden, was vielleicht eine besondere Sensibilisierung für gewisse ethische Fragen mit sich bringt. Meine Aufgabe als Staatsoberhaupt in der Gesetzgebung sehe ich aber nicht darin, den Menschen durch gesetzliche Regelungen ein christliches Leben vorzuschreiben, sondern darin, ein gutes Zusammenleben der Menschen aller Konfessionen im Staate zu gewährleisten. Mir ist daher auch die Trennung zwischen Kirche und Staat ein grosses Anliegen. Damit sollte erreicht werden, dass sowohl der Staat als auch die Religionsgemeinschaften in einem klaren Verhältnis zueinander stehen. Das persönliche Glaubensbekenntnis eines Staatsbürgers darf dabei keine Rolle spielen.

Die erste Hälfte der neuen Legislaturperiode ist bald vorüber. Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit der Regierung Hasler und des Landtags, der sich ja erstmals aus vier Fraktionen zusammensetzt? Regierung und Landtag mussten in einer politisch sehr schwierigen Zeit in einer völlig neuen Konstellation zusammenarbeiten. Ich beurteile insbesondere angesichts dieser schwierigen Ausgangslage die bisher geleistete Arbeit als insgesamt sehr gut.

Haben auch die Unabhängigen Ihre Erwartungen - Kontrollorgan ohne verantwortungslosen Populismus - erfüllt? Sind sie eine Bereicherung für die Politik? Und sehen Sie noch Potenzial für eine weitere politische Gruppierung? Die Unabhängigen üben durchaus eine Kontrollfunktion aus. Natürlich bringen sie gerne aktuelle Meinungen aus dem Volk in den Landtag und positionieren sich damit. Für die Diskussion im Landtag kann dies aber durchaus auch befruchtend sein. Eine weitere politische Gruppierung müsste ein Profil finden, mit der sie sich klar von den anderen differenzieren kann und das ihr genügend Wählerstimmen sichert. Ich halte dies für schwierig, aber vielleicht lässt sich dies über ein Thema erreichen, das die anderen nicht oder nicht glaubwürdig bedienen können.

Abschliessend: Was wünschen Sie Liechtensteins Einwohnern für das kommende Jahr? Ich wünsche den Einwohnern Liechtensteins für das kommende Jahr Zufriedenheit, gute Gesundheit und Gottes Segen.

Vielen Dank für das Gespräch!

«Das persönliche Glaubensbekenntnis eines Staatsbürgers darf keine Rolle spielen.»